

**Präsidentiansprache**  
**Tag der Wirtschaft**  
Freitag, 4. September 2020

Es gilt das gesprochene Wort

## Rückbesinnung auf die Stärken, die wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand gebracht haben

**Als Exportland brauchen wir mehr denn je Innovationen und unternehmerische Freiheiten**

Heinz Karrer, Präsident economiessuisse

Exzellenzen

Sehr geehrte Damen und Herren Nationalräte

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin

Sehr geehrter Herr Regierungsrat

Sehr geehrter Herr Nationalbankpräsident

Liebe Vertreterinnen und Vertreter unserer Mitglieder

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie herzlich zum diesjährigen Tag der Wirtschaft von economiessuisse. Ihre Gesundheit hat für uns oberste Priorität. Deshalb gehen wir keine Gesundheitsrisiken ein und führen diese Veranstaltung virtuell und damit mit gebührendem gegenseitigem Abstand durch. Ich freue mich, dass Sie als Vertreterinnen und Vertreter von Politik und Wirtschaft in diesen besonderen Zeiten auch online dabei sind und so Ihre Verbundenheit mit unserer Organisation bekunden. Herzlichen Dank dafür.

### **Unnötige Stresstests für den Wirtschaftsstandort vermeiden**

Im vergangenen Jahr hat sich die Weltwirtschaft deutlich abgekühlt, ihr Wachstum auf den tiefsten Stand seit der Finanzkrise abgeschwächt. Das war leider zu erwarten. Steigende globale Risiken und sinkendes gegenseitiges Vertrauen der Regierungen haben in den Unternehmen Unsicherheiten geschürt und die Fantasien der Protektionisten beflügelt. Der globale Handelskonflikt zwischen den USA, China und der EU hatte erhebliche Folgen für die Exporte, die Unternehmen und Direktinvestitionen.

Und mitten im grössten Handelskonflikt der jüngeren Wirtschaftsgeschichte kam ein Virus dazu, das fast unser ganzes gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben auf den Kopf stellte. Die rasante Ausbreitung der Corona-Pandemie stoppte abrupt Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Dank der Notmassnahmen von Bund und Kantonen und dank der Solidarität von Bevölkerung und Wirtschaft konnte unser Land die Akutphase der Krise meistern und eine Überlastung des Gesundheitswesens verhindern.

Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise werden nun nach und nach sichtbar. Sie sind dramatisch. Das Schweizer Bruttoinlandsprodukt wird dieses Jahr so stark schrumpfen wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Sowohl die Binnenwirtschaft wie auch die Exportindustrie leiden. Und die wirtschaftliche Krise ist noch lange nicht ausgestanden. Die Arbeitslosenquote wird in diesem und wohl auch im nächsten Jahr ansteigen. Wir werden eine grosse Zahl von Betriebsschliessungen und Konkursen verkraften müssen. Um zu überleben, müssen sich die Unternehmen den neuen Realitäten anpassen.

Die Politik hat es nun in der Hand, die Weichen für die Zeit nach Corona so zu stellen, dass unsere Volkswirtschaft bald wieder so stark sein wird wie vorher. Die eidgenössischen Wahlen im vergangenen Herbst sorgten allerdings für deutliche Verschiebungen im politischen Gefüge unseres Landes und schafften für die Wirtschaftspolitik eine neue Ausgangslage. Während die traditionell wirtschaftsfreundlichen bürgerlichen Parteien schmerzhaft Verluste hinnehmen mussten und ihre Mehrheit im Nationalrat verloren, gewann das wachstumskritische Lager deutlich dazu – allen voran die Grünen.

Was der Ausgang der Wahlen 2019 für die Schweizer Wirtschaftspolitik bedeuten kann, haben bereits die Debatten zur Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und zur Abschaffung der Industriezölle gezeigt. Gespannt sein darf man auf das Verhalten von Mitte-Links bei der Reform der Altersvorsorge oder bei der Schuldenbremse. Klar ist bereits heute, wenn Links-Grün und Bauernschaft bei protektionistischen Anliegen zusammenspannen, bedeutet das für den stark globalisierten Wirtschaftsstandort Schweiz ein zusätzlicher Stresstest. Diesen sollte die Politik vermeiden, denn die konjunkturellen Herausforderungen für unsere Volkswirtschaft sind bereits hoch genug.

### **Internationale Zusammenarbeit fördern statt nationalen Alleingang provozieren**

Was uns die Corona-Krise bereits heute gelernt hat: Globale Herausforderungen wie eben Pandemien oder auch Klimawandel erfordern eine internationale Zusammenarbeit, die lösungsorientiert und für alle Staaten fair ist – Kooperation statt Konfrontation heisst die Lösung.

Allerdings machen derzeit die Grossmächte ihren Einfluss in der Weltwirtschaft stärker geltend und die Macht des Stärkeren setzt sich in der internationalen Politik wieder vermehrt durch. Beispiele sind etwa die Steuerpolitik der G20, die bereits erwähnten Handelskonflikte, die Blockade der Welthandelsorganisation WTO oder das Setzen von Normen durch Vertreter von grossen Märkten.

### **Wie kann sich die Schweiz in diesem schwierigen Umfeld international behaupten?**

- Erstens müssen sich kleine Staaten wie die Schweiz auf völkerrechtliche Verträge berufen und diese auch durchsetzen können – falls nötig mit juristischen Mitteln und unabhängig von der politischen Gewichtsklasse eines Landes. Wenn ein Staat seine Verpflichtungen nicht einhält, sehen die meisten Abkommen Streitbeilegungsverfahren vor. So hat die Welthandelsorganisation WTO ein eigenes Gericht, das von den Staaten angerufen werden kann. Der Zugang zum WTO-Gericht ermöglicht der Schweiz die Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen. Unabhängige internationale Gerichte stehen im Dienst derjenigen, die sich ans Recht halten. Sie sind im Interesse unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands.
- Zweitens brauchen wir eine Rückbesinnung auf unsere Stärken, die der Schweiz wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand gebracht haben. Zum Erfolgsmodell Schweiz gehört etwa die Fokussierung des Staates auf seine Kernaufgaben. Nur mit schlanken und effizienten Regulierungen können wir international wettbewerbsfähig bleiben. Zur Basis unseres Erfolgs gehören auch die Freiheitsrechte wie Wirtschaftsfreiheit und Eigentumsгарantie, eine unabhängige Nationalbank und eine griffige Schuldenbremse. Die Schweiz kann wieder zur ursprünglichen Stärke zurückfinden, denn unsere wirtschaftlichen, institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen sind intakt. Als Exportland braucht die Schweiz nun mehr denn je wirtschaftliche Offenheit, Innovation, Eigenverantwortung und unternehmerische Freiheiten. Entgegen den Verheissungen von Protektionisten, die Versorgungssicherheit mit Selbstversorgung verwechseln und die unser Land und unsere Wirtschaft abschotten wollen.

### **Den bilateralen Weg weitergehen und die stabilen Beziehungen zu den Nachbarländern pflegen**

Unbedingt sollten wir vermeiden, unsere Volkswirtschaft weiter unnötig zu schwächen. Eine solche Schwächung wäre zum Beispiel eine Annahme der Kündigungsinitiative («Begrenzungsinitiative»). Diese will das Personenfreizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und den EU-/Efta-Ländern kündigen. Damit gefährdet die Initiative das ganze Vertragspaket der Bilateralen I. Diese sind das Fundament, auf dem die Schweiz nach der Ablehnung des EWR-Beitritts 1992 ihre Beziehungen mit der EU geregelt hat. Dank der Bilateralen ist die Schweizer Volkswirtschaft stark gewachsen. Unser Land hat in den letzten Jahren massiv profitiert von den guten Beziehungen zur EU. Die Kündigungsinitiative würde diese Erfolgsgeschichte beenden. Die EU ist und bleibt die weitaus wichtigste Handelspartnerin der Schweiz, die mehr als die Hälfte ihrer Ausfuhren nach Europa exportiert. Umso wichtiger sind stabile und gute Beziehungen mit diesem Partner – gerade in Zeiten, in denen Handelskriege und ein blockiertes Welthandelssystem unsere Unternehmen vor grosse Herausforderungen stellen.

Die Kündigungsinitiative würde den erfolgreichen bilateralen Weg zerstören – ohne eine valable Alternative zu bieten. Weder kann ein Freihandelsabkommen die Bilateralen ersetzen, noch verbessert ein Kontingentsystem die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im Gegenteil: Die Initiative gefährdet Wohlstand und Arbeitsplätze in der Schweiz. Deshalb lehnt die Wirtschaft die schädliche Vorlage entschieden ab.

### **Unternehmensverantwortung an internationaler Regulierung ausrichten**

Auch eine Annahme der Unternehmens-Verantwortungs-Initiative würde den Wirtschaftsstandort Schweiz massiv schwächen. Das Problem dieser Initiative ist, dass sie viel zu weit geht. Sie verlangt nämlich von Unternehmen eine umfassende Überwachungs- und Kontrollpflicht in Bezug auf Umwelt und Menschenrechte – weltweit und über die gesamte Wertschöpfungskette hinweg. Gerade für KMU ein Ding der Unmöglichkeit. Eine weltweit beispiellose Haftung für Schweizer Unternehmen, wie sie die Initianten wünschen, würde weit übers Ziel hinausschiessen.

Auch wenn sich die allermeisten Unternehmen an Umwelt- und Menschenrechtsstandards halten, gibt es da und dort auch Probleme. Bei Schweizer Unternehmen genauso wie bei ausländischen Unternehmen. Deshalb braucht es eine Lösung, die international abgestimmt ist. Genau so, wie es der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament auch ist. Ein extremer Alleingang der Schweiz hingegen löst vor Ort keine Probleme und schafft nur neue in unserem eigenen Land.

Bundesrat, Parlament und Wirtschaft unterstützen deshalb einen griffigen Gegenvorschlag zur extremen Initiative. Er ist ein gut schweizerischer Kompromiss. Der fortschrittliche Lösungsvorschlag schafft die gewünschte Verbindlichkeit, ohne dabei jedoch übers Ziel hinauszuschiessen. Der Gegenvorschlag orientiert sich an bestehenden internationalen Regulierungen, die bei Bedarf weiterentwickelt werden können – und schützt die Schweizer Unternehmen gleichzeitig vor missbräuchlichen Klagen. Deshalb braucht es die extreme Initiative nicht, der Gegenvorschlag reicht vollkommen aus.

### **Unsere Erfolgsfaktoren sind das Fundament für den Weg zurück zur alten Stärke**

Ich komme zum Schluss: Obwohl die kurz- und mittelfristigen Auswirkungen der Pandemie verheerend sind, hat sie nicht alles zerstört. Die wirtschaftliche, institutionelle und gesellschaftliche Struktur der Schweiz ist weiterhin intakt. Doch nun stehen wir am Scheideweg: Setzen wir in Zukunft dauerhaft auf mehr Staat oder stärken wir die Eigenverantwortung der Bevölkerung und der Unternehmen?

Die Unternehmen haben bewiesen, dass sie sich immer wieder neuen Herausforderungen stellen können. Wir sind unter anderem deswegen wirtschaftlich erfolgreich, weil der unternehmerische Freiraum hierzulande gross ist, weil der Föderalismus stark ist, weil der staatliche Fussabdruck kleiner als im Ausland ist, weil wir international bestens vernetzt sind und weil die Selbstverantwortung gelebt wird. Diese Erfolgsfaktoren sind auch das Fundament für den Weg zurück zur alten Stärke.

Wir müssen in der Wirtschaftspolitik noch mehr Zurückhaltung zeigen und uns auf das Wesentliche konzentrieren – also auf Massnahmen, die langfristig den Wohlstand in der Schweiz ermöglichen. Gemeinsam können wir die anstehenden schwierigen Aufgaben meistern und auf den Erfolgspfad zurückfinden. Die Schweiz ist ein starker Wirtschaftsstandort: Unsere Unternehmen sind breit diversifiziert, innovativ, vielfach in hoch spezialisierten Nischen weltweit tätig und sorgen für eine hohe Wertschöpfung. Die Schweizer Bevölkerung ist gut ausgebildet, leistungsstark und entsprechend produktiv. Das sind beste Voraussetzungen, um rasch aus dieser Krise herauszukommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.